

gültigen gesetzlichen Mindestlohn befürwortet, von 55 % auf 86 % gestiegen ist. Dies ist eine eindeutige Botschaft.

Deutschland ist an einer schweren Krise vorbeigeschrammt. Die Folgen der europaweiten Krisenauswirkungen werden aber auch Deutschland treffen. Werte wie Freiheit, Solidarität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit sind die Orientierungsmarken für eine tragfähige und Perspek-

tiven schaffende Politik der Zukunft. Alles andere ist mit den Gewerkschaften nicht zu machen.

Parteilpolitisch unabhängig werden die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auch weiterhin im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien für soziale Gerechtigkeit in der politischen Arena eintreten und Unterstützung bei den Parteien einfordern. ■

*Klaus Busch / Dierk Hirschel / Anne Karrass*

## Mehr Europa, aber anders

*Europa steckt in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Merkel, Barroso und Lagarde haben den alten Kontinent kaputt gespart. Von Paris bis Madrid schrumpft die Wirtschaft. Fast 27 Millionen Menschen haben keine Arbeit. Doch wie müsste eine Europapolitik für die Menschen strukturiert sein?*

### Klaus Busch

(\* 1945) ist Professor (em.) für Europäische Studien und europapolitischer Berater von ver.di.

busch@uos.de



### Dierk Hirschel

(\* 1970) ist Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der Gewerkschaft ver.di.

dierk.hirschel@verdi.de



### Anne Karrass

(\* 1977) ist Volkswirtin und arbeitet im EU-Verbindungsbüro von ver.di.

anne.karrass@verdi.de



**A**m schlimmsten trifft es Südeuropa. In Spanien und Griechenland ist jeder Vierte arbeitslos. In Madrid, Lissabon, Rom und Athen wächst eine verlorene Generation heran. Die ökonomisch und sozial schädliche Kürzungspolitik hat ihre selbst gesteckten Ziele verfehlt. Der europäische Schuldenberg wird wegen der Sparpolitik immer größer. Doch unbeirrt setzt die Troika ihre neoliberale Schocktherapie fort.

Nach drei Jahren erfolglosen Krisenmanagements hat auch Berlin erkannt, dass der Euro ohne politische Union keine Überlebenschance hat. Folglich streben Merkel, Schäuble, Rösler & Co nach mehr europäischer Integration. Letztes Jahr wurden der EU-Ratspräsident van Rompuy und Kommissionschef Barroso beauftragt, konkrete Vorschläge zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion zu machen.

Inzwischen haben sie geliefert. Herausgekommen ist eine »Reformagenda« aus kurz-, mittel-, und langfristigen Maßnahmen. Einige Vorschläge sind durchaus sinnvoll. Dazu gehören die Einführung einer Europäischen Wirtschaftsregierung und

Bankenunion, die Schaffung eines größeren EU-Haushalts bzw. einer Europäischen Arbeitslosenversicherung sowie die Stärkung des Europäischen Parlaments. Hoch problematisch sind jedoch die Brüsseler Empfehlungen für einen europäischen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit. Durch wirtschaftspolitische Vorabkoordinierung und vertragliche Vereinbarungen zwischen den EU-Institutionen und ihren Mitgliedsstaaten sollen künftig neoliberale Strukturformen durchgesetzt werden.

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Vorabkoordinierung sollen die Mitgliedsstaaten große Reformvorhaben vorab der Kommission melden. Diese soll dann prüfen, welche Auswirkungen die Reformen auf andere Mitgliedsstaaten und auf die Wettbewerbsfähigkeit haben. Gemeinsam mit dem Rat kann sie den einzelnen Ländern dann Änderungen empfehlen, die zwar nicht verbindlich sind, aber dazu beitragen können, »etwaige Reformwiderstände im Inland« zu überwinden.

Die vertraglichen Vereinbarungen sollen die Troika-Politik der *Memoranda of Understanding* (MoU) generalisieren. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten sollen mit der EU-Kommission Verträge aushandeln, in denen sie sich zu Strukturformen verpflichten. Wenn die »Reformen« umgesetzt werden, gibt es ein finanzielles Zuckerbrot aus einem neu zu schaffenden EU-Topf. Bei Vertragsverletzungen müssen die Staaten die erhaltenen Mittel zurückzahlen. Zusätzlich drohen Geldstrafen.

Die bisherigen Memoranden haben gezeigt, dass es bei den so genannten Reformen in Wirklichkeit um eine neoliberale Schocktherapie geht. Flächentarifverträge werden zerschlagen, Mindestlöhne eingefroren, der Kündigungsschutz geschliffen, die gesetzliche Rente beschädigt und öffentliche Güter verscherbelt. Im Zweifel finanziert der deutsche Steuerzahler auf diese Weise neoliberale Strukturformen in den Krisenländern. Die Strukturformen verschlechtern zunächst die Arbeits-

und Lebensbedingungen der dortigen Beschäftigten. Anschließend erhöhen die sinkenden spanischen, portugiesischen und italienischen Löhne auch den Lohndruck in Wolfsburg und Sindelfingen.

Da diese Politik von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt wird, sollen die nationalen Parlamente in die Verhandlungen ebenso wenig einbezogen werden wie das Europäische Parlament. Erstere müssen den Verträgen zwar zustimmen, aber möglichst erst nachdem die Vertragstexte ausverhandelt wurden. Somit ist der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ein Angriff auf Sozialstaatlichkeit und Demokratie.

Dieses mehr an Europa zerstört Europa. Barrosos und van Rompuy's Vorschläge sollen zwar die europäische Dimension der Fiskalpolitik stärken, tasten aber das System der Wettbewerbsstaaten nicht an. Im Gegenteil: Die jetzt vorgeschlagenen Instrumente der Vorabkoordinierung und der vertraglichen Vereinbarungen laufen auf eine weitere neoliberale Formierung der WWU hinaus. Die nationale Kompetenz in Fragen der Tarifvertragssysteme, der Arbeitsmärkte und der sozialen Sicherungssysteme bleibt nicht gewahrt. Um Lohn- und Sozialdumping zu vermeiden, ist zwar eine europäische Koordinierung der Lohn-, Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatspolitiken erforderlich. Diese ist aber möglich, ohne die nationale Kompetenz für diese Politikfelder in Frage zu stellen. So lässt beispielsweise die sozialpolitische Koordinierung im Rahmen des Korridormodells die national unterschiedliche Form der Wohlfahrtsstaaten unberührt.

Auch bei europäischen Regeln für nationale Mindestlöhne bliebe die nationale Tarifautonomie gewahrt. Diese Formen der Koordinierung erforderten demokratisch abgesicherte Legislativakte auf der europäischen Ebene. Durch Verträge zwischen der Kommission und den Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten sind hingegen die europäischen Defizite in der Lohn- und Sozialpolitik nicht zu heilen. Sie heizen

nur den innereuropäischen Wettbewerb noch weiter an.

Deswegen sollte die Europäische Sozialdemokratie den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit klar ablehnen. Die Vorschläge zur wirtschaftspolitischen Vorabkoordination und zu den vertraglichen Vereinbarungen haben allein das Ziel, den Regierungen der Mitgliedsstaaten neoliberale Strukturformen aufzuzwingen. Diese Strukturreformen sind ein Frontalangriff auf die Errungenschaften und Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

Die europäische Dauerkrise kann nur durch einen Politikwechsel überwunden werden. Dieser muss neben politischen Sofortmaßnahmen auch weitere Integrationsschritte umfassen.

Erstens brauchen wir eine europäische Strategie für qualitatives Wachstum und Beschäftigung. Erfolgreiche Haushaltskonsolidierung funktioniert nur mit Wachstum. Europa braucht jetzt ein Aufbau- und Investitionsprogramm – einen Marshall-Plan wie ihn der DGB vorgeschlagen hat – zur Verbesserung der europäischen Infrastruktur, der Umwelt und der Energieversorgung. Zudem muss die ökonomisch und sozial schädliche Austeritätspolitik sofort gestoppt werden.

Zweitens brauchen wir ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement. Durch gemeinsame Euroanleihen könnte die Zinslast der Schuldnerländer sofort gesenkt werden. Eurobonds wären ein wichtiger Schritt in Richtung einer europäischen Solidargemeinschaft.

Drittens müssen die nationalen Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken europäisch koordiniert werden. Nur so lassen sich die großen Ungleichgewichte in den nationalen Leistungsbilanzen überwinden. Die Lohnpolitik sollte europäisch so gestaltet werden – unter Wahrung der Tarifautonomie –, dass die nationalen Lohnzuwächse mindestens den verteilungsneutralen Spielraum – Inflation plus Produktivitätszuwachs – ausschöpfen. So würden Wett-

bewerbsverzerrungen vermieden und ein Beitrag zum Ausgleich der Leistungsbilanzen geleistet. Deutschland müsste in der Anfangszeit durch eine stark expansive Lohnpolitik die Fehler der Vergangenheit korrigieren. Der Anpassungsdruck läge also zunächst bei den Überschussländern. Um Sozial- und Steuerdumping zu vermeiden, ist darüber hinaus auch eine stärkere Koordinierung der Sozial- und Steuerpolitik notwendig. Die nationalen Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme müssten an die ökonomische Leistungsfähigkeit der Staaten gekoppelt werden. Dadurch könnten Sozialdumping vermeiden und der soziale Aufholprozess der schwächeren Mitgliedsstaaten gesichert werden. Darüber hinaus sollten die Steuer-oasen ausgetrocknet werden. Durch gemeinsame Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze für Unternehmenssteuern sollte Steuerdumping beendet werden.

Viertens braucht es ein neues Regelwerk für die Finanzmärkte. Der Finanzsektor muss dringend redimensioniert werden. Zielführend wäre eine Mischung aus hohen Eigenkapitalanforderungen (Basel III plus), einer strikten Begrenzung des Eigenhandels, eine strikte Regulierung der Schattenbanken (Hedge-Fonds, Geldmarktfonds etc.) und ein Finanz-TÜV. Die Quellen der Risikoproduktion müssen ausgetrocknet werden. Auch eine entsprechend ausgestaltete Bankenunion dient diesem Zweck.

Ein Marshall-Plan, ein gemeinschaftliches Schuldenmanagement, eine europäisch koordinierte Wohlfahrtsstaats- und Steuerpolitik wären Aufgaben für eine demokratisch gewählte supranationale Wirtschaftsregierung. Dies wäre der letzte Schritt einer Generalrevision der Defizite der bisherigen EU-Verträge.

Ein solcher Politikwechsel fällt aber nicht vom Himmel. Für ein anderes Europa müssen Sozialdemokraten, Sozialisten, Grüne, Gewerkschaften und soziale Bewegungen gemeinsam mobilisieren. ■